Finanzkrise 2008: Woher kommt das Geld?

500 Milliarden für die Banken – woher kommt das Geld?

REVOLUTION Dezember 2008

Seit dem Zusammenbruch der internationalen Börsen im Oktober übertreffen sich die betroffenen Staaten mit Hilfspaketen in astronomischer Höhe. Zunächst stellte die US Regierung den Pleite gegangenen Banken und Finanzinstituten 700 Milliarden $ zur Verfügung, die britischen Regierung folgte mit 250 Milliarden Pfund und die deutsche Bundesregierung jetzt mit 500 Milliarden € – auch zahlreiche andere Industrieländer folgten und folgen – insgesamt werden einige Billionen in die Finanzmärkte geschüttet.
In den letzten Jahren liefen die Diskussionen um Schulden und den „ausgeglichenen Haushalt" der Bundesregierung immer in eine Richtung: Sozialausgaben werden zusammen gekürzt, das öffentliche Eigentum privatisiert und die großen Unternehmen und Vermögen von Steuern entlastet, während die Mehrheit der Bevölkerung immer größere Belastungen tragen muss. Teils hitzige Diskussionen entbrannten noch im September um die Forderung der CSU nach der Wiedereinführung der „Pendlerpauschale", die den Etat mit 3 Milliarden € im Jahr belastet hätte – doch diese Summen sind heute nur noch „Peanuts".

Der Zusammenbruch des internationalen Finanz -und Kreditsystems macht bei der Bundesregierung die Taschen richtig locker, wurden bislang schon mehr als 20 Milliarden € in „notleidende" Banken gesteckt, zuletzt nochmal 50 Milliarden in den größten deutschen Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate – wird jetzt ein Fond in Höhe von 2.5 Jahreshaushalten des Bundes

(ca.190 Milliarden€) aufgelegt und das noch im Eilverfahren. Hier zeigt sich ein grundlegender Charakter des bürgerlichen Staates – die Mehrheit wird beherrscht und dem Arbeitsmarkt zugefügt, für die besitzende Minderheit werden Profite ermöglicht und Verluste übernommen. Wenn wir uns fragen woher das viele Geld plötzlich kommt, ob im Kanzleramt die ganze Nacht die Druckerpresse läuft, so ist die Antwort ganz einfach – die 500 Milliarden sind ein Kredit der Bundesbank, also bei den Steuerzahlern Deutschlands.

Die Krise ist eingetreten weil das Kreditsystem, d.h. die Rückzahlung der einzelnen Kredite inklusiver Zinsen zusammen brach – zunächst bei den amerikanischen Hausbesitzern, die die Zinsen und Abzahlungen nicht mehr zahlen konnten dann bei ihren Banken die dann ihre Kredite und Zinsen net bezahlen konnten usw. Jetzt wird uns erzählt das die „Hilfspakete“, die Staatskredite die Lösung dieser Krise sind, was passiert wenn ganze Staaten pleite gehen erleben derzeit die Menschen auf Island und in Ungarn.

Während für die Banken die Verluste in Form von Aktienkursen und Bilanzen auftreten und manch ein Besitzer wohl auf Dividende dieses Jahr verzichten muss, werden wir die Auswirkungen der Krise und Staatskredite direkt abbekommen. Für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Kredit und Produktionssystems werden die „Steuerzahler“, d.h. alle Beschäftigten und Arbeitslosen, die Rentner und besonders wir, die Jugend werden in den nächsten Jahre im wahrsten Sinne des Wortes die „Zeche zahlen“.

Schon seit 2007 steigen die Preise von Energie und Lebensmitteln weltweit, während hier besonders die Benzinpreise im Vordergrund stehen, gab es 2007/2008 in fast 40 Ländern weltweit Proteste und Widerstand gegen die gestiegenen Lebensmittelpreise, welche in diesen Ländern das Überleben Millionen und Milliarden Menschen gefährdet. Ebenfalls sind höhere Steuern und Abgaben in fast allen Industrieländern absehbar und verstärkte Kürzungen der öffentlichen Ausgaben im Sozialbereich liegen in den Schubladen – diese Kredite der Staaten wurden bei der Bevölkerung aufgenommen, diese wird sie in den nächsten Jahren zu zahlen haben.

Der Zusammenbruch des Kreditsystems wird zu massiven Stellenabbau weltweit führen, vom heutigen Wissenstand rechnet die Arbeitsorganisation der UNO mit dem Verlust von 20 Millionen Industriearbeitsplätzen bis Ende 2009. Schon heute bricht der internationale Automobilmarkt ein, die Großkonzerne stoppen die Produktion, legen ganze Fabriken lahm. Ebenso herrscht jetzt ein verschärftes Kreditsystem, die Unternehmen und Einzelpersonen bekommen weniger Kredite zu hohen Konditionen, dies wird vor allem den Mittelstand und das Handwerk treffen.

Die bürgerliche Darstellung für die Gründe der Krise, wie auch die Darstellung der offiziellen „Linken“ von Linkspartei, DGB oder Attac erklärt diese Krise mit gierigen Managern, einem Casino oder Raubtierkapitalismus und dem Ende des „Neoliberalismus“ in der Weltwirtschaft – nun gäbe es die Möglichkeit zu einem „normalen“ Kapitalismus zurück zukehren. Leider ist es gerade dieser „normale“ Kapitalismus der die Grundlage für das Finanz und Kreditsystem ist und somit auch für derzeitige Krise.

Wir von REVOLUTION bezeichnen diese Epoche des Kapitalismus als Imperialismus – mit Imperialismus ist damit nicht allein Militär, Krieg und Besatzung gemeint, sondern vor allem das Stadium der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Schon vor und während des 1.Weltkrieges analysierten verschiedene Theoretiker der Arbeiterbewegung (Lenin, Hilferding, Luxemburg) den Imperialismus, die wesentliche Erscheinungsform des Imperialismus war damals und heute die Konzentration und Monopolisierung des Kapitals und die daraus entstehende Herrschaft des Finanzkapitals in der kapitalistischen Ordnung. Das Banksystem agiert als Arm der Bourgeosie um die eigenen Profiterwartungen und Verhältnisse weltweit in allen Märkten durchzusetzen. Die Kredite sind die ehemaligen Profite der Bourgeosie und werden nun andere verliehen mit dem Auftrag neuen Profit zu erlangen, dafür entrichtet der Schuldner den Zins. Dieses System entsteht nicht aufgrund „gieriger Manager“ oder ähnlichen pseudo-linker Erklärungen, sondern aufgrund des privaten Besitzes an Produktionsmitteln und der privaten Aneignung von Profit – dies ist die Grundlage für Finanz und Kreditsystem, also auch verantwortlich für den aktuellen Zusammenbruch.

Wenn attac, Linkspartei und Gewerkschaften nun das Hohelied auf einen „regulierten“ Kapitalismus singen, müssen alle konsequenten AntikapitalistInnen gemeinsam den Kampf gegen das System von Besitz & Profit aufnehmen. Diese Krise offenbart die „Fäulnis“ (Lenin) des Kapitalismus im imperialistischen Stadium, das System selbst löst sie mit der massiven Vernichtung von Produktionsmitteln -und Kapazitäten, mit massiven Angriffen auf die Lohnabhängigen und Armen weltweit – zwei Weltkriege sind Zeuge der kapitalistischen „Krisenlösung“.

Heute müssen wir uns gegen alle kommenden Angriffe organisieren, in der Jugend, in der ArbeiterInnenklasse, in der Stadt, im Staat und international. Das kapitalistische System hat abgewirtschaftet, es tötet täglich tausende durch Krieg, Hunger und Armut, es zerstört die ökologischen Lebensgrundlagen der Menschheit – hier hilft keine „Regulation“, hier hilft nur die sozialistische Revolution!

Für die kommenden Kämpfe dürfen wir nicht an Illusionen von einem „regulierten Kapitalismus“ glauben, wir dürfen nicht die Politik von Attac und Linkspartei stützen, die jetzt die Möglichkeit sehen ihre Vorstellungen von Kapitalismus umzusetzen – wir müssen einen antikapitalistischen kämpferischen Abwehrkampf organisieren – wir zahlen nicht die 500 Milliarden€!

Wir fordern:

– Offenledung der Geschäftsbücher, Konten und Finanzpläne! Nur so ist es der
ArbeiterInnenklasse und der Jugend überhaupt möglich, sich einen Überblick über die Wirtschaft zu verschaffen. Nur so sind wir fähig zu unterscheiden, was uns wirklich droht und was nur Drohung ist!

– Gleitende Skala der Löhne und Sozialeinkommen gegen die Inflation! Kein weiterer Sozialabbau und Lohnraub!

– Mindestlohn und Mindesteinkommen, finanziert aus progressiver (mit Höhe

des Besitzes steigender) Besteuerung der Reichen, der Kapitalisten und Vermögensbesitzenden!

– Enteignung der Banken, Anlagefonds, Devisen-, Warentermin -und Aktienbörsen sowie deren Zusammenlegung zu einer einheitlichen Staatsbank und ArbeiterInnenkontrolle!

– Enteignung der großen Konzerne und ArbeiterInnenkontrolle – beginnend mit allen Unternehmen, die drohen Löhne zu kürzen und ArbeiterInnen zu entlassen! Senkung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich!

Solidarität mit den italienischen ArbeiterInnen, SchülerInnen und Studierenden gegen die Berlusconi-Regierung!

November 2008

In den letzten Wochen gingen die italienischen ArbeiterInnen und Studierenden, gegen die herschende rechtsgerichtete Koalition, und vorallem gegen deren harten Angriffe auf das Bildungssystem, auf die Straße. REVOLUTION drückt seine volle Solidarität mit allen Beteiligten aus!

Seit April dieses Jahres wird Italien von einer extrem rechtsgerichteten Koalition, geführt vom Milliardär Belusconi, zusammen den rechtsextremen Alleanza Nazionale und der Lega Nord.

Seit den diesjährigen Wahlen hat Berlusconi versucht die schwere Niederlage der Linken im italienischen Parlament in eine schwere Niederlage der italienischen ArbeiterInnen, sozialen Bewegungen, Jugend und Studierenden mithilfe von Angriffen auf das staatliche Bildungssystem zu

verwandeln. Der neue Bildungshaushalt sieht eine Kürzung von fast 200 000 Jobs im Bildungssektor vor, ausserdem die rassistische Trennung von MigrantInnen und gebürtigen ItalienerInnen in verschiedene Schulen.
Im September gab es einen eintägigen Generalstreik von einer Million ArbeiterInnen in ganz Italien, aufgerufen durch die größte Gewerkschaftsvereinigung Italiens, die Cgil. Am 17.Oktober riefen kleinere, radikalere Gewerkschaften zu einem weiteren Generalstreik auf, was zu einer Demonstration mit 300 000 TeilnehmerInnen in Rom. Der Demonstration schlossen sich tausende Schülern und Studierenden an die über die Privatisierungsankündigungen von universitärer Bildung, drastischen Kürzungen der Lehrenden, aufgezwungenen Schuluniformen und der Trennung von migrantischen und nichtmigrantischen SchülerInnen in den verschiedene Klassen. Die Bewegung organisierte sich um den Grundsatz „Wir zahlen für eure Krise nicht“, da Italien am Rande der Rezession steht und mit der Finanzkrise konfrontiert ist, welche die Regierung nutzt um die Kürzungen im Bildungssystem zu rechtfertigen. Doch die letzten Angriffe auf das Bildungssystem entfachten eine massive Gegenwehr! Piero Bernocchi, von der radikalen Gewerkschaft COBAS, sagte auf einer Demonstration am 17. Oktober: „Es gab eine breite Präsenz des schulischen Sektors, mit Schülern aller Klassen und Einstufungen, LehrerInnen und allen SchularbeiterInnen, Eltern und einfachen Menschen gegen die Zerstörung des öffentlichen Schulsystems, gegen die massiven Einsparungen von 200 000 Arbeitsplätzen in Schulen, gegen die Einschnitte der Schulzeit, gegen die Wiederherstellung des „maestra unica“ (nur ein Lehrer in Grundschulen), gegen die Unverschämtheit die MigrantInnen in gesonderte Klassen zu zwingen, und gegen die Wiederherstellung einer Schule die diskriminiert, einschüchtert und spaltet. Der neue Bildungshaushalt wurde im Senat am 29. Oktober beschlossen, aber die Abstimmung musste zweimal unterbrochen werden, weil SchülerInnen und Studierende das Senatsgebäude stürmten.Viele Universitäten und Schulen wurden besetzt und als Organisationszentren zur Koordinierung der Aktionen, zusammen mit ArbeiterInnen, gegen Berlusconis Angriffe benutzt. Die Organisierung und Aktionseinheit erlaubte massive Demonstrationen und die Proteste von über einer Million Menschen in Rom am 30.Oktober. Sechs Tage vorher gab es einen, durch Gewerkschaften unterstützen, Generalstreik

der über 10 Millionen ArbeiterInnen für Stunden gegen die Kürzungen im öffentlichen Bereich mobilisierte. Der italienische Staat und die rechtsextremen Parteien in der italienerischen Regierung lehnen sich nicht zurück und lassen diese Bewegung wachsen. Die Polizei wurde gerufen um die besetzten Gebäude zu räumen und die Protestierenden zu verhaften. Bei den Demonstrationen am 30.Oktober fuhren Schläger von Alleanza Nazionale mit Fahrzeugen durch die Demonstration und schlugen mit schweren Stöcken auf die Demonstranten ein. Die Bewegung muss sich organisieren um sich gegen Angriffe wie diese zu wehren. Politisch muss die Bewegung mit einem unbefristeten Generalstreik die Offensive ergreifen um die Regierung zu stürzen. Aber der beste Weg dies durchzuführen und die Anstrengungen in einen Kampf gegen das gesamte kapitalistische System zu wandeln wäre die Formung einer revolutionären Partei in Italien. Es war der Ausverkauf der reformistischen Linken, wie Rifondazione Comunista, die von 2005 bis 2007 die Prodi Regierung unterstützt hatten, die es Berlusconi ermöglicht hatte die Alleanza Nazionale in die Regierung und erste Reihe zu bringen. Die ArbeierInnen verloren ihren Glauben an die Parteien die sie verraten haben und bestraften sie bei den Wahlen. Jetzt sollen ArbeiterInnen, SchülerInnen und Studierende für die ökonomische Krise bezahlen, die Massenarbeitslosigkeit hervorruft während die Preise für Lebensmittel und Energie steigen und steigen. Die brutalen Effekte der Abwärtsspirale zeigen, dass Kapitalismus ein ständig zerstörendes System ist und die Kämpfe in Italien eröffnen eine große Möglichkeit für ArbeiterInnen und die Jugend sich zu organisieren, nicht nur um dieses System zu bekämpfen, sondern es zu überwinden!

Internationaler Rat von Revolution 12. November 2008

Auf englisch zu finden unter:
http://www.onesolutionrevolution.com

Wie weiter nach dem Streik?

Wie weiter nach dem Streik?

Die zweite Etappe des SchülerInnenstreiks wurde erfolgreich gemeistert. Bundesweit gingen in Berlin, Stuttgart, Lüneburg, Kassel, Frankfurt, Hamburg und vielen weiteren Städten am Mittwoch tausende SchülerInnen gemeinsam auf die Strasse, um für bessere Bildung zu demonstrieren.

Mensch kann zufrieden bilanzieren, dass es im Vergleich zu den Streikaktionen im Sommer dieses Jahres gelungen ist, den Widerstand auszuweiten und die Bewegung zu verbreitern. Zum einen haben sich neue Komitees in Städten gebildet, welche im Sommer noch nicht dabei waren, z.B. Stuttgart und Hamburg, zum anderen konnten die bereits aktiven Komitees ihre Verankerung ausbauen und weitaus mehr SchülerInnen für die Bewegung gewinnen, z.B. Lüneburg, Kassel, Frankfurt. Ein toller Erfolg!

Doch natürlich hat die Bewegung noch einige Mankos aufzuweisen. So wurde es nur vereinzelt geschafft, Verknüpfungen mit anderen von der Bildungspolitik betroffenen Schichten herzustellen. Insbesondere gelang es nicht, den Widerstand auf die StudentInnen und LehrerInnen auszuweiten, welche nur zum Teil den Streik unterstützten und wenig daran teilnahmen.

Bundesweit herrscht in den Bündnisstrukturen die Stimmung, dass es auf jeden Fall weitergehen muss, dass wir es nicht bei diesem Streik belassen können/dürfen/sollen. Deshalb wird im Dezember eine weitere bundesweite Konferenz stattfinden, welche über das weitere Vorgehen bestimmen soll.

REVOLUTION unterstützt diese Konferenz. Es ist wichtig, dass die Proteste weitergeführt werden! Aber uns allen ist klar, dass wir nicht einfach einen Streik nach dem anderen machen können, dann verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit. Für den Erfolg der Bewegung und die weiteren Aktionen ist es entscheidend, dass der Widerstand ausgeweitet (StudentInnen,

LehrerInnen) und radikalisiert (Besetzungen) wird.

Auf diesem Treffen soll es, je nach Bedürfnis der TeilnehmerInnen, zum einen darum gehen, wie das erreicht werden kann, zum anderen aber auch welche Probleme dem Bildungssystem im Kapitalismus zugrunde liegen.

Wann: Montag, 17.11., um 18 Uhr

Wo: Die Grete, Kulturverein Schanzenviertel, Margaretenstrasse 33 (Nähe U-Station Sternschanze, Schlump und Christuskirche), Hamburg

Achtung: wahrscheinlich müssen wir den Ort wechseln, weil in der Grete an diesem Abend kurzfristig ein Dart-Turnier stattfindet, wir treffen uns aber auf jeden Fall dort (bis Montag organisieren wir einen anderen Treffpunkt unmittelbar in der Nähe).

US-WAHLEN 2008: OBAMAS SIEG: BEWEIS DER WIRKSAMKEIT DES WANDELS ODER EINE GEWALTIGE ILLUSION ?

5.11.2008

Millionen Menschen in den USA und sogar auf der ganzen Welt freuen sich über den historischen Sieg von Barack Obama. Zunächst einmal ist er der erste schwarze Präsident in einem Land, das auf zwei Jahrhunderte

Sklaverei, hundert Jahre Rassendiskriminierung, einer systematischen Verweigerung von demokratischen Rechten für die ehemaligen Sklaven zurückblickt. Erst vor 40 Jahren unter Druck einer massenhaften Bürgerrechtsbewegung und Erhebungen in Städten begann das Geflecht der rassistischen Unterdrückung zu zerbröckeln, die aber trotz Obamas Sieg noch längst nicht beendet ist.

Die Wahlen

Die Chance für Millionen von nicht wirklich befreiten AfroamerikanerInnen für jemanden zu stimmen, der sie ihrem Gefühl nach vertritt, trug zur größten Wahlniederlage der Republikaner seit dem 2.Weltkrieg bei. Die Demokraten gewannen auch im Kongress hinzu und vergrößerten ihre Mehrheit. Dies ist als Anzeichen zu werten, dass die Menschen nicht nur für Obamas Ausstrahlung und ethnische Herkunft ihre Stimme abgaben, sondern für ein Ende der Parteiherrschaft der Republikaner über die US-Politik während der letzten Generation.

Viele junge Leute waren in die Wahlkampagne eingebunden und übernahmen eifrig die Rhetorik von Wandel und Hoffnung, zweier Güter, deren sich viele US-BürgerInnen während der vergangenen 8 Jahre beraubt sahen.

Ein zweiter wichtiger Grund für die Freudenkundgebungen ist das Ende der verhassten Bush/Cheney-Ära. Die Wahl Obamas war also eine Stimmabgabe gegen alles, was der Bevölkerung an Bush zuwider war: die Politik zu Gunsten der Großverdiener, der ‚Krieg gegen den Terror', die Folterlager wie Guantanamo Bay, die ökonomische Krise.

Die Hoffnung

Obamas Wahlerfolg wird von vielen Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika in der Hoffnung begrüßt, dass die Kriegsbesessenheit, die ein Kennzeichen dieser US-Politik war, nun aufhört. Noch viel mehr erwarten, dass damit auch der Missbrauch von Amerikas Supermachtstellung, die mit ihrer Vorherrschaft Milliarden Menschen verarmen ließen, ein Ende haben wird. Obama hat es als seine Aufgabe beschrieben, das Ansehen und die Führung der Vereinigten Staaten wieder her zu stellen. Er will also das

Image des US-Imperialismus wieder aufpolieren.

Die USA lotsen die Weltwirtschaft in eine Rezession mit Massenarbeitslosigkeit und größerer Armut nicht nur im eigenen Land, sondern auf der ganzen Erde. Obama wird Präsident am Ende einer 20jährigen Zeit der Globalisierung und des Neoliberalismus. Was an dessen Stelle treten wird, lässt sich nicht vorhersagen, außer dem Umstand, dass die USA von seinen Feinden und seinen ‚Verbündeten' stärker herausgefordert werden wird denn je. Gerade sie (die EU, Japan) werden sich nicht mehr mit der unangefochtenen Führerschaft wie noch unter Obamas Vorgängern abfinden.

Im Inland wird es keine übliche Schonfrist kurz nach Amtsantritt mehr geben können. Die Schwierigkeiten bei der Rettung des US-Kapitalismus und der Rückkehr auf den Profitpfad für die Superreichen bringen die neue Regierung vom Fleck weg unter Zugzwang und in unausweichlichen Konflikt mit den ArbeiterInnen und Angehörigen der unteren Kleinbürgerschicht, die Obama gewählt haben.

Während die Welt noch McCains und Bushs Niederlage und die ihrer Partei feiert, blicken Millionen erwartungsvoll Obamas Amtsübernahme im Januar 2009 entgegen. Ihnen sind große Veränderungen, sogar eine Umwandlung Amerikas, in Aussicht gestellt worden. Aber wahrscheinlich können nur wenige sagen, worin genau diese Veränderungen bestehen sollen. Vielmehr spricht alles dafür, dass gerade für seine Anhänger sich eher symbolisch statt wirklich etwas ändern wird.

Der wahre Charakter

Bereits bei den Hauptfragen zur Zeit der Wahlen, der Finanzkrise und dem Bankenrettungsplan des noch amtierenden Finanzministers Paulson, zeigt sich, wie sehr Obamas und MacCains Positionen und die Empfehlung an ihre Parteien in der parlamentarischen Vertretung, dem US-Kongress, einander doch ähneln. Als Führer einer der beiden kapitalistischen Hauptparteien in den USA und Empfänger von Spenden aus der Konzern- und Finanzwelt wird Obama nicht gegen die Interessen des US-Kapitals verstoßen und nicht mit

der Logik des Marktes und des Profitsystems brechen, das so viele zu Armut und Elend verdammt.

Mit der Benennung der wichtigsten Ministerposten in seinem Kabinett hat Obama nunmehr der Bourgeoisie zum ersten Mal signalisiert, dass sie sich nach dem populistischen Wahlkampf keine Sorgen zu machen braucht. Der wahre Charakter von Obama wird sich in der Praxis zeigen, fernab seiner euphorischen Reden von „Wandel“ und „neuen Zeiten“. Seine Personalentscheidungen sind ein erstes starkes Signal. Hillary Clinton, die für eine strikte Interessenvertretung der amerikanischen Bourgeoisie steht und Obama im Wahlkampf für seine „liberale“ Außenpolitik scharf kritisiert hat, wird Außenministerin. Der neue Kriegsminister Robert Gates bleibt der Alte, und der frühere General und Nato-Oberbefehlshaber James Jones wird Obamas Nationaler Sicherheitsberater. Letzterer gilt zwar als Kritiker von Bushs Irakkriegsstrategie, jedoch aus rein taktischen Gründen. Als Militär mit langjähriger Führungserfahrung weis er, wie Länder noch effektiver besetzt und terrorisiert und die Interessen des amerikanischen Großkapitals noch unmittelbarer vertreten werden können. Und mitten in der schwersten Finanzkrise des Kapitalismus seit dem zweiten Weltkrieg benennt Obama den New Yorker Notenbankchef Timothey Geithner als Finanzminister. Die FAZ schrieb hierzu: „Als durchsickerte, dass Timothey Geithner Finanzminister werden solle, reagierte die Börse mit Begeisterungsstürmen.“ Mehr müssen wir dazu wohl nicht sagen…

Selbstorganisation statt vergeblicher Hoffnungen!

Aber jene fortschrittlichen Anflüge seiner politischen Versprechen, die Gesundheitsfürsorge für Millionen EinwohnerInnen der USA zu bessern, den Rassismus in Gesetzen und Alltag zu bekämpfen, Ungleichheiten zu beseitigen, Steuern für die Reichen anzuheben, diese Versprechungen müssen erst einmal eingelöst und ausgebaut werden. Die reaktionäre Seite seiner Politik, die an das Bush’sche Erbe anknüpfen, d. h. die Truppenverstärkung in Afghanistan und die Androhung, den Krieg nach Pakistan auszuweiten, muss dagegen aufs Schärfste bekämpft werden.

Gleichgültig, wie der Wandel, für den Obama zu stehen vorgibt, eingeschätzt

wird, es führt kein Weg daran vorbei, dass sich ArbeiterInnen, Jugend, Einwanderer in den Vereinigten Staaten von Amerika in Kampforganisationen zusammenfinden und durch Massenmobilisierungen und Protestbewegungen, durch Streiks und Demonstrationen wie zum ‚Tag ohne ImmigrantInnen' am 1.Mai 2006 tätig werden.

Die Demokratische Partei hat in der Geschichte die Rolle eines Sicherheitsventils gespielt. Wenn die Angelegenheiten des Kapitals nicht so günstig laufen, der Hass auf die Republikaner als Vertreter der Großverdiener anzuschwellen droht, sind die Demokraten zur Stelle und frischen ihr radikales Image wieder etwas auf, betonen Unterschiede, versprechen einen Politikwechsel und heimsen dann Stimmen ein, ehe sie wieder jede/n ihrer Wähler/innen enttäuschen. Acht Jahre später zieht abermals ein republikanischer Präsident ins weiße Haus ein.

Die Arbeiterklasse braucht keine bürgerlichen Demokraten; sie muss ihre eigene Partei gründen, eine Partei der Arbeiter, der Armut, Einwanderer und radikalen Jugend, die für ihre Interessen eintritt, nicht gerade im Parlament, sondern v. a. in Betrieben und auf den Straßen. Diese Partei scheint augenblicklich Lichtjahre entfernt, aber sozialistisch gesonnene Leute in den USA, die Gleichbehandlung und gesellschaftliche Gerechtigkeit anstreben, können für ein solches Vorhaben gewonnen werden. Wir können diesen Prozess in Gang setzen durch den Aufruf an all jene jungen AktivistInnen, alle Schwarzen und GewerkschafterInnen, die sich einen echten Wandel von Obama erhoffen, nicht untätig zu bleiben, sondern statt ihn und die Demokraten weiter zu wählen, das Gesundheitswesen, die gewerkschaftlichen Rechte sowie das Ende der Diskriminierung, all das was er ihnen als umsetzbar glaubhaft machen wollte, selbständig anzupacken und herbei zu führen.

Wenn diese Kräfte sich für sich selbst organisieren, ihre Forderungen klären und präzisieren, und das wird immer dringlicher je stärker die Rezession voran schreitet, wenn Obama sie im Stich lässt, was nicht lange auf sich warten lässt, werden sie der jetzt noch Minderheit zuhören, die schon immer gesagt hat, sie müssen mit den Demokraten brechen und eine unabhängige Arbeiterpartei aufbauen. Unter solchen Umständen kann die Unterstützung

der Gewerkschaften für die Demokratische Partei beendet werden und Kraft für einen Neuanfang, für eine neue Partei, eine mit einem klaren sozialistischen Programm, geschöpft und das bankrotte kapitalistische System in den USA zerstört werden.

Das heißt, sie und wir brauchen eine sozialistische Revolution gegen das US-Kapital und den Imperialismus, um die Macht der Banken und Konzerne zu brechen, mit der rassistischen Polizei und Justiz, die immer noch eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Schwarzamerikanern einkerkert und misshandelt, abzurechnen und einfache Arbeiter/innen an die Schalthebel der Gesellschaft oben wie unten zu bringen. Nur ein solcher Kampf vermag den Teufelskreis von Profit oder Pleite, imperialistischer Kriege, sozialer Ungerechtigkeiten zu durchbrechen. Wir als kommunistische Jugendorganisation REVOLUTION sind entschlossen, diesen Kampf in den kommenden Jahren zu führen!

Neugründung von REVO-US! http://revousa.org/

Aufruf zum Bildungsstreik 12.11.08

Wir haben die Schnauze voll!

Aufruf der Jugendorganisation REVOLUTION zum bundesweiten

Schulstreik am 12. November

Ihr wisst, was an der Schule Scheiße ist. Es fehlt an grundlegenden Sachen wie Lehrpersonal, kostenlosen Lernmitteln, pädagogisch sinnvollen Klassengrößen und einwandfreien Schulgebäuden.
Dafür werden wir mit autoritären und überlasteten LehrerInnen, abgehobenen Behörden, teuren Nachhilfestunden, langen Schultagen, Stress und Selektion konfrontiert. Schule heißt: statt Verstehen zählt Gehorchen, Wissen wird zum Auswendiglernen und Vergessen – Lernen und Leben von SchülerInnen werden zur Hölle.
Wenn das Versagen so offensichtlich ist, beschwören „Experten", Wirtschaftsbonzen und Politiker, wie wichtig ihnen „die" Bildung ist und was zu tun sei. Nur, dadurch wird es meist noch schlimmer!

Ob „Bildungsreform", „Ausbildungspakt", „Bildungsgipfel" oder „Bildungsinitiative": Die Bildungsmisere wird zum Vorwand genommen, noch mehr LehrerInnen rauszuschmeißen, noch mehr Mittel zu kürzen, noch strengere Regeln einzuführen – also kurz: die Bildungsmisere in eine Bildungskatastrophe zu verwandeln!
Natürlich wird dabei viel Mühe in pompöse Inszenierungen und teure Imagekampagnen gesteckt, das lieber in uns, die SchülerInnen, investiert werden sollte.

Das ganze verdammte System …

Dieser verlogene Unfug hat aber eine Ursache. In der Gesellschaft, in der wir leben, dienen Schule und Ausbildung nicht den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung und schon gar nicht der SchülerInnen. Sie dienen dazu, die gesellschaftlichen Verhältnisse und damit die Spaltung der Gesellschaft in Klassen – also das Fundament des Kapitalismus – wiederherzustellen.

Für die Reichen und Superreichen gibt es immer „Spezialschulen", wirkliche Eliteschulen, wo auch keine „normalen" SchülerInnen hinkommen.
Für die Mittelschichten, AkademikerInnen und „gehobene" ArbeiterInnen gibt es eine ganze Reihe von Schulen, Bildungsstätten und

Ausbildungsgänge: Unis, Gymnasien über Realschulen bis zur Fachberufsschule.

Schließlich gibt es noch die Haupt- und Sonderschulen. Dort müssen jene hin, die aufgrund der Massenarbeitslosigkeit gerade nicht verwertet werden können oder die für Billigjobs, Leiharbeit oder unqualifizierte Arbeit keine große Qualifikation 'brauchen'.
Immer geht es darum, dass nur die Fachkräfte rauskommen, die vom Kapital verbraucht werden können. SchülerInnen und StudentInnen sollen sich nicht über verschiedene Disziplinen hinweg orientieren, nach Interessen und Fähigkeiten weiterentwickeln und das gelernte Wissen praktisch anwenden und überprüfen. Es müssen schnell und billig halbwissende und loyale 'Experten' herangezüchtet werden.

Daher ist dieses System immer selektiv und unterdrückerisch. Wer wenig Kohle hat, wer rassistisch diskriminiert wird, wird in der Schule nicht gefördert, sondern nach „Status" eingeordnet. Die „Reformer" sehen das Problem nicht in der sozialen Ungleichheit „unserer" Gesellschaft; sie wollen nur die Auswirkungen dieses Systems abfedern. So kommt trotz aller „Reformen" von Regierung, Unternehmerverbänden, Bildungsexperten, Reformpädagogen, Gewerkschaftsbürokraten u.a. am Ende immer dieselbe Scheiße raus. So wird die Hierarchie und Ausbeutungsordnung 'unserer' Gesellschaft in der Schule reproduziert.

Die Kosten der Bildung

Das Kapital will aber nicht nur loyale und flexible Spezialisten, FacharbeiterInnen oder schlecht ausgebildete (und damit billigere) unqualifizierte ArbeiterInnen. Es will für deren Herstellung – also für die Finanzierung der Schulen und Berufsschulen – möglichst auch nichts zahlen. Das sollen die Lohnabhängigen – also meistens die ArbeiterInnen – selbst tun. Daher werden immer mehr Schulen und Universitäten (von der Reinigung, über Küche bis hin zu ganzen Schulen) verkauft und privatisiert, während es für die Masse immer teurer und schlechter wird. Ausreichende Bildung muss dann privat außerhalb der öffentlichen Schule „dazu gekauft"

werden. Die Unternehmer freut’s: Da kann man auch noch reichlich absahnen!

Das trifft umso mehr auf die aktuelle Situation zu, wo wir am Beginn einer tiefen Wirtschaftskrise stehen, wo ohnedies schon Millionen Arbeitslose („überflüssige Arbeitskräfte“) vorhanden sind und noch ein paar Millionen dazu kommen werden. Die Kosten für diese Krise soll wie immer die Arbeiterklasse bezahlen!

Es ist unbedingt notwendig, dass wir uns gegen diese Angriffe wehren und am 12. November gemeinsam auf die Straße gehen. Deshalb: Unterstützt REVOLUTION und unsere Ziele für den Bildungsstreik!

Kostenlose Bildung für Alle! Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit! Klassenfahrtsoli für alle – und zwar umsonst!
Nein zur selektiven Bildung! Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem! Alle SchülerInnen sollen gemeinsam lernen und individuell nach Interessen gefördert werden.
Abschaffung aller Studien– und Schulgebühren! Studien -und Ausbildungsplätze für alle!
Mindesteinkommen für alle SchülerInnen, StudentInnen und Azubis von 1000 Euro Netto!
Rücknahme aller Kürzungen und Arbeitszeitverlängerungen im Bildungsbereich, Neueinstellung von LehrerInnen – voller Personal -und Kostenausgleich in den Bildungsetats!

Für kleine Klassengrößen, bessere Ausstattung und sofortige Rücknahme des Turbo-Abiturs!
Für freie und selbstverwaltete SchülerInnenräume, volle Organisierungs- und Propagandafreiheit aller SchülerInnen an Schulen!
Für volles Aktions- und Streikrecht aller SchülerInnen, LehrerInnen und Beschäftigten!
Für den Aufbau einer SchülerInnengewerkschaft!
Bildung von Ausschüssen, bestehend aus SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zur Erarbeitung und Kontrolle von Lehrinhalten und Lehrplänen!
Unternehmen raus aus der Schule! Kein privates Sponsoring von

Kapitalisten! Gegen jede Form von (Teil)Privatisierung!
Abschaffung des Religionsunterrichts! Keine Ersatzunterweisung in bürgerlicher „Moral“ (Ethikunterricht)!

Elitäre Kaderschmieden statt breite Bildungsmöglichkeiten

Das Bildungssystem in Deutschland befindet sich im neoliberalen Umbau: Eine „Reform“ nach der anderen, vermehrte Abhängigkeit von der Wirtschaft, Turbo-Abitur (G8), schlechte Ausstattung für öffentliche Schulen, Schaffung von Elite-Universitäten, Bachelor-Master-Studiengänge, Studiengebühren.

All das passiert nicht, weil die „falschen“ Politiker an den falschen Stellen sitzen oder weil diese oder jene Partei gerade das Sagen hat. Diese Umstrukturierung orientiert sich an den Erfordernissen der Kapitalisten. Alle oben genannten Maßnahmen haben das Ziel, Bildung ’effizienter’ zu gestalten – aber nicht ’effizienter’ im Sinne der Bevölkerung.
Die Umgestaltung des Bildungssystems ist keine deutsche Angelegenheit – sie wird auch auf europäischer Ebene durch den „Bologna-Prozess“ durchgeführt.

Organisieren gegen Kapitalismus!

Wenn der Kapitalismus das Problem ist, heißt das auch, dass wir uns organisieren müssen, um den Kapitalismus zu bekämpfen und zu stürzen. Dafür wollen wir REVOLUTION aufbauen. Wir wollen es nicht dabei belassen, Symptome zu bekämpfen und Angriffe abzuwehren: wir wollen die Wurzel des Problems beseitigen. Ein interdisziplinäres, offenes, fächerübergreifendes, ungezwungenes oder gar emanzipatorisches Bildungssystem ist mit dem Kapitalismus nicht vereinbar!
Diesen Kampf können wir nur gewinnen, wenn sich SchülerInnen, StudentInnen und Azubis unabhängig organisieren und Aktionsgruppen aufbauen.

Da die Bildungsmisere kein gesondertes, sondern ein gesellschaftliches Problem ist, also gesellschaftliche Ursachen hat, können wir nur im gemeinsamen Kampf mit LehrerInnen, Reinigungskräften, streikenden MetallarbeiterInnen und BusfahrerInnen diesen Kampf gegen Bosse und Bürokraten gewinnen. Wir müssen gemeinsame Aktionen und Strukturen mit Gewerkschaften, Arbeitslosenverbänden, MigrantInnenorganisationen und politischen Gruppen aufbauen und so zu einer gesellschaftlichen Kraft werden.
Das heißt aber auch, dass wir unsere Aktionsformen radikalisieren müssen. Nicht nur Verweigerung und Streik jedes halbe Jahr, sondern Besetzungen und Selbstorganisation müssen gewagt werden.

Ein solcher Kampf für eine Bildung im Sinne der Mehrheit und ihrer Bedürfnisse heißt auch, die Macht- und Systemfrage zu stellen. Die Herrschenden werden niemals freiwillig die Kontrolle über „ihr" Bildungssystem aufgeben – genauso wenig, wie sie ihre ökonomische und politische Macht freiwillig abgeben. Es stellt sich also die Frage der sozialistischen Revolution und eines Rätesystems, der Zerschlagung des Kapitalismus und seines Herrschaftsapparats.

Daher bauen wir eine globale revolutionäre Jugendorganisation auf und kämpfen für eine Jugendinternationale!
Daher kämpfen wir für eine revolutionäre Weltpartei und eine neue, die Fünfte Internationale. Der Widerstand heute ist der Sieg von morgen!

One Solution – Revolution!

Truppen raus aus Afghanistan!

Truppen raus aus Afghanistan!!!

Aufruf zur Großdemonstration in Berlin und Stuttgart am 20.September 2008

REVOLUTION September 2008

Seit sieben Jahren ist Afghanistan von ausländischen Truppen unter Federführung der NATO besetzt. Der Krieg in Afghanistan war der Auftakt der Bush-Doktrin, des „Krieges gegen den Terrorismus“, welcher so genannte „Präventivschläge“ gegen „Schurkenstaaten“ rechtfertigen soll. Der Krieg in Afghanistan ist Sinnbild einer Weltordnung, in der militärische Gewalt zum Alltag gehört und sich der Imperialismus gezwungen sieht, seine Interessen immer aggressiver durchzusetzen. Ein Bündnis aus Organisationen der Friedensbewegung, der LINKE, der DKP und anderen reformistischen Organisationen ruft unter dem Motto „Dem Frieden eine Chance geben – Truppen raus aus Afghanistan“ zu zwei zentralen Demonstrationen in Berlin und Stuttgart am 20. September auf. Wir unterstützen diese Demonstrationen und rufen ebenfalls dazu auf, sich daran zu beteiligen!

Der Einsatz und seine Bedeutung

Nach dem 11.September hat Gerhard Schröder euphorisch verkündet, Deutschland werde den USA mit „uneingeschränkter Solidarität“ bei dem „Krieg gegen den Terrorismus“ zur Seite stehen. Die innerimperialistischen Differenzen sollten erst 2 Jahre später bei dem Krieg gegen den Irak sichtbar werden, zunächst war man sich einig, dass Afghanistan angegriffen und besetzt werden muss. Seitdem stellt Deutschland nach den USA und Großbritannien die drittgrößte Truppenstärke für den Einsatz der NATO zur Verfügung (derzeit 3300 deutsche Soldaten). Für die afghanische Bevölkerung hat sich seit der Besatzung wenig verbessert, aber das ist auch nur der vorgeschobene Grund des Einsatzes.

Der damalige Bundesverteidigungsminister Peter Struck lieferte 2003 die strategische Begründung für den Afghanistaneinsatz nach. Im Zuge der

„Verteidigungspolitischen Richtlinien“ 2003 erklärte er, Deutschland werde heutzutage auch „am Hindukusch verteidigt“. Die Richtlinien sind ein Meilenstein des deutschen Imperialismus nach dem 2.Weltkrieg, denn zum ersten Mal seitdem werden Auslandseinsätze der Bundeswehr offiziell und ohne spezifische Begründung gerechtfertigt. Die Bundeswehr wird von der „reinen Landesverteidigungsarmee“ umgebaut zu einer modernen, mobilen Einsatzarmee, die in der Lage ist, Präventivschläge auf der ganzen Welt innerhalb kürzester Zeit durchzuführen. Das spielt eine wichtige Rolle im Zusammenhang der Konkurrenz der imperialistischen Lager USA und EU. Im Zeitalter der sich abzeichnenden Rohstoffknappheit ist es unbedingt notwendig, seine Interessen auch militärisch durchsetzen zu können.

Die Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus begründet sich neben seiner ökonomischen Dominanz vor allem auf seine militärische. Die EU, und allen voran Deutschland und Frankreich, haben dies erkannt, und so wurde ebenfalls 2003 auch der Entwurf für eine Verfassung für Europa vorgelegt. Dieser beinhaltet als eines seiner wichtigsten Projekte die Schaffung einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ sowie eine „Gemeinsame Verteidigungspolitik“. Darin wird das Konzept der präventiven Kriegshandlungen weltweit festgeschrieben und de facto einen Zwang zur Aufrüstung für die einzelnen Mitgliedsstaaten (Artikel III-210 und I-40) installiert.

Bekanntlich ist die Verfassung an dem Nein der Franzosen und Niederländer im Jahr 2005 gescheitert, doch davon lässt sich das europäische Kapital nicht entmutigen. Seitdem wird versucht, die Verfassung mit den „Vertrag von Lissabon“ durch die Hintertür einzuführen, welcher diese Punkte natürlich ebenfalls beinhaltet. In diesem Kontext wird deutlich: Peter Struck hatte Recht, er hat sich nur aus Versehen in der Hektik etwas undeutlich ausgedrückt. Es müsste heißen: „Die Interessen des deutschen Kapitals werden heute am Hindukusch verteidigt.“

Die Friedensbewegung

Der Afghanistaneinsatz hat eine strategische Bedeutung in der europäischen

Außenpolitik, und jede/r ernsthafte Anti-Imperialist/in sollte sich dieser Bedeutung bewusst sein. Deshalb ist es absolut notwendig, gegen diesen Einsatz zu mobilisieren und an den Protesten teilzunehmen. Doch innerhalb der Bewegung gegen die Besatzung herrscht keineswegs Konsens über die politischen Forderungen, die zu stellen sind.

Bereits vor einem Jahr, am 15.September 2007, rief ein ähnliches Bündnis zu einer bundesweiten Demo nach Berlin auf. Mit 6000-8000 Teilnehmer/innen war die Aktion eher enttäuschend. Damals wurde bereits der desolate Zustand der Friedensbewegung deutlich. In den politischen Beiträgen auf der Demonstration wurde lediglich die Art und Weise des Einsatzes kritisiert, nicht jedoch seine politische Bedeutung analysiert und noch viel weniger zum Widerstand gegen den imperialistischen Besatzungskrieg aufgerufen. Die Meinungsführer der Linken streuen weiterhin die Illusion eines „humanitären Militäreinsatzes“. Diese Idee spiegelt sich auch in dem aktuellen Aufruf wieder. Die Vorstellung, die deutsche (oder auch irgendeine andere imperialistische) Armee könne in Afghanistan (oder auch sonst wo auf der Welt) eine fortschrittliche, humanitäre Rolle spielen, spricht deren eigentlicher Aufgabe hohn, die darin besteht, die Interessen des deutschen (amerikanischen, französischen, europäischen…) Kapitals militärisch durchzusetzen. Deshalb muss die Legitimität von Einsätzen der Bundeswehr egal unter welchem Deckmantel konsequent bekämpft und entlarvt werden, anstatt einen Einsatzes wegen dessen mangelnder Ausführung zukritisieren. Wir von REVOLUTION lehnen jeglichen Militäreinsatz der imperialistischen Staaten ab. Wir wollen keine neue EU Armee, die Milliarden € kostet und globale Kriege führen soll – wir wollen den Abzug aller imperialistischen Besatzungstruppen! Bereits vor einem Jahr haben wir vorgeschlagen, eine antiimperialistische Koordinierung zu schaffen, um den Widerstand gegen Krieg zusammenzuführen und ihm einen revolutionären Inhalt zu geben.

Unsere Forderungen:

• Truppen raus aus Afghanistan! Beteiligt Euch an den Demonstrationen gegen die Besatzung Afghanistans am 20.September in Berlin und Stuttgart!

• Für den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen! Bundeswehr raus aus dem Kosovo, dem Libanon, dem Sudan, aus Bosnien-Herzegowina und dem Horn von Afrika!

• Für den Aufbau einer antiimperialistischen Koordinierung!! Tretet mit uns in Kontakt, wenn ihr den konsequent revolutionären und antiimperialistischen Widerstand koordinieren wollt!

• Für die Solidarität mit dem Widerstand in den besetzten Staaten und Gebieten!!

!Klimawandel erfordert Systemwandel!

August 2008

Neben der Aggressivität des Imperialismus und der Verelendung durch Ausbeutung und Unterdrückung ist heute die Schädigung der natürlichen Lebenswelt die dritte große Gefahr, die dem kapitalistischen System entspringt. Das Ansteigen der CO2-Konzentration und der anderer Treibhausgase in der Atmosphäre und die damit einhergehende Erwärmung der Durchschnittstemperatur auf der Erde werden voraussichtlich weitreichende Folgen haben. Darüber hinaus sehen wir uns mit der Tatsache konfrontiert, dass fossile Energieträger wie Erdöl nicht in unendlichem Masse vorhanden sind, und dass regenerative Ressourcen wie Holz und Wasser dermaßen ausgebeutet werden, dass die Regenerationsfähigkeit nicht mehr gewährleistet ist. Selbst wenn sich die düsteren Prognosen in Bezug auf die Änderung des Klimas nicht bewahrheiten sollten, so ist es doch klar ersichtlich, dass die Schädigung der Umwelt und die Überausbeutung

natürlicher Ressourcen nicht im Interesse der Menschheit sein können. So konfrontiert uns die ökologische Frage mit unserer Zukunft auf diesem Planeten, wie diese gestaltet werden könnte und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Bedürfnisse einer energiehungrigen Menschheit nachhaltig zu befriedigen.

Das Kyoto-Protokoll

Da auch mittlerweile das Kapital und die herrschende Politik erkannt haben, dass die weitere Zerstörung der Umwelt in diesem Masse auch nicht in ihrem Interesse ist, wurden verschiedene Anstrengungen unternommen, um dem Klimawandel zu begegnen. Die bekannteste Maßnahme ist sicherlich das Kyoto-Protokoll, welches im Rahmen der Vereinten Nationen eine verbindliche Reduzierung der Treibhausgase um 5,2% bis zum Jahr 2012 gegenüber dem Referenzjahr 1990 vorschreibt. Kyoto zeigt eindrucksvoll die Unfähigkeit des Kapitalismus, auf den Klimawandel zu reagieren. Das Bezugsjahr 1990 stellt bereits einen Griff in die Trickkiste dar, da durch den Zusammenbruch des Ostblocks und die Zerschlagung der dortigen Industrie die Treibhausgasemissionen massiv zurückgingen. Das ist der einzige Grund, warum die Hauptemissionsländer Deutschland und Russland gut abscheiden. Nahezu alle anderen Länder werden ihre Emissionen bis 2010 steigern oder nur geringfügig verringern. Die EU-15 konnten ihre Emissionen bislang um ca. 2% verringern, wobei auch hier ein großer Anteil auf den Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie zurückzuführen ist. Länder wie Japan (+6,5%), Italien (+12,1%), Kanada (+26,6%) oder Spanien (+49%) sind von den vereinbarten Zielen meilenweit entfernt. Die USA haben das Kyoto-Protokoll nie ratifiziert und weigern sich bis heute, verbindliche Reduktionsmaßnahmen zu akzeptieren. Das liegt im Wesentlichen daran, dass das US-amerikanische Kapital durch verbindliche Reduktionen einen Wettbewerbsnachteil gegenüber dem europäischen Kapital erleiden würde, welches weniger Treibhausgase emittiert und bei der Entwicklung regenerativer Energien weiter ist. Kyoto zeigt deutlich, dass der Klimawandel einer internationalen Zusammenarbeit bedarf, die aber aufgrund imperialistischer Rivalitäten nicht möglich ist.

Der Emissionshandel

Das Kyoto-Protokoll hat gleichzeitig ein weiteres mutmaßliches Instrument zur Treibhausgasreduzierung geschaffen: den Emissionshandel. In der Theorie sollen so auf kostengünstigste Art und Weise Anreize für umweltfreundliche Technologien geschaffen werden. Doch die Praxis sieht wie immer anders aus. Die Unternehmen müssen selbstständig die Höhe ihres jährlichen CO2-Ausstoßes melden (keine Kontrolle, keine Offenlegung der Bücher!). Darüber hinaus werden viele Zertifikate leichtfertig und sogar kostenlos vergeben. So haben es viele Unternehmen geschafft, kräftig von der Regelung zu profitieren, indem sie kostenlos Zertifikate erhalten und die angeblichen Kosten auf die Verbraucher abgewälzt haben (Stichwort Energiekonzerne). Hier zeigt sich einmal mehr, dass das Kapital nicht am Klimaschutz interessiert ist, sondern an dem Profit. Nicht die beste Lösung zur Klimafrage wird gesucht, sondern die zur Gewinnmaximierung.

Die „Macht" der Verbraucher

Viele sehen die Lösung zur Reduzierung der Treibhausgase in der angeblichen „Macht des Verbrauchers". So wird an jeden einzelnen appelliert, sein Verhalten zu ändern und Energie einzusparen. Der bürgerliche Staat wälzt mit dieser Argumentation seit Jahren die Kosten über die Ökosteuer und andere Abgaben auf die Arbeiterklasse ab, anstatt die eigentlichen Verursacher der Emissionen, die Industrie, zu besteuern. Doch dabei werden gesellschaftliche Realitäten schlichtweg außer Acht gelassen. Die Menschen wachsen nicht in einem Vakuum auf, sondern werden durch die Verhältnisse um sie herum geprägt. Die manipulative Macht der Medien und die herrschende Ideologie wirken mehr als alle Propaganda der Umweltverbände. Darüber hinaus sind viele Menschen schlichtweg abhängig davon, jeden Tag mit dem Auto zur Arbeit zu fahren. In Zeiten fallender Löhne, hoher Inflation und Hartz 4 ist es für große Teile der Arbeiterklasse außerdem zu einer Frage der Notwendigkeit geworden, billig einzukaufen. Letztlich entscheidet die Stimulation am Markt und die Erwägungen des Kapitals, was produziert wird, und nicht der ratsächliche Sinn eines Produktes. Auf diese Art und Weise werden Bedürfnisse nur verzerrt

wiedergegeben. Ein weiter wichtiger Punkt ist, dass der einzelne über sein Konsumverhalten nicht den Effekt seiner Handlung wahrnimmt, und so zwangsläufig zu dem Schluss kommen muss, sein Beitrag sei vergeblich oder überflüssig. Eine rationale Passivität ist die logische Schlussfolgerung.

Die umweltfeindliche Grundtendenz des Kapitalismus

Dass die Einsparungen hauptsächlich bei den vergleichsweise eher unbedeutenden Verbraucher geschehen sollen, hat natürlich einen Grund: aufgrund der permanenten Konkurrenz gibt es für das Kapital auf nationaler Ebene (wie auch auf internationaler!) keinen Spielraum, in teuere, effizientere Umwelttechniken zu investieren. So üben sie politischen Druck auf den Staatsapparat aus, um ihre Profite zu retten, der die Kosten in der Hauptsache auf die Lohnabhängigen abwälzt. Jede wirkliche Lösung der Krise muss international sein, da dass Problem auch ein globales ist. Aber die imperialistischen Länder, welche auch die Hauptemittenten sind, werden niemals ernsthaft zusammenarbeiten, wenn die Profite „ihrer" multinationalen Konzerne berührt werden. Dies gilt besonders in Zeiten einer Rezession und das ist das Problem, das das Herz der Umweltkrise ausmacht. Der Kapitalismus ist zu einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft nicht in der Lage, da die Notwendigkeit von ständigem Wachstum zur Aufrechterhaltung der Profite besteht und folglich auch die Notwendigkeit einer enormen Ressourcenverschwendung. Ganze Wirtschaftszweige werden aufgebaut, die in keiner Weise gesellschaftlich nützliche Produkte herstellen oder Dienstleistungen erbringen. Kaufkraft und Konsumverhalten werden erforscht, Strategien entworfen und über Werbung psychologische Tricks angewendet, um Produkte an Mann und Frau zu bringen. Um sich gegen Konkurrenten durchzusetzen, werden Produkte in gewaltigen milliardenschweren Werbeschlachten angepriesen (um dabei überhaupt keine Werte geschaffen). Jedes Unternehmen plant für sich in der Konkurrenz zu anderen, was notwendigerweise zu Fehlplanungen und Überkapazitäten führt. Fabriken werden hochgezogen, um später wieder geschlossen zu werden, wenn der Konkurrent einen größeren Teil des Marktes erobert hat. Eine hoch gepriesene Eigenschaft der Marktwirtschaft ist die angebliche Vielfalt der Produkte, welche sie hervorbringt. Doch die

meisten Produkte sind in Qualität und selbst im Design nahezu gleichwertig. Menschliche und natürliche Ressourcen werden verschwendet, um Produkte doppelt und dreifach hervorzubringen und zu bewerben. Aufgrund des ständigen Wachstumszwangs kann die kapitalistische Gesellschaft niemals mit geringer Materialintensität arbeiten. Strenge Umweltauflagen erfordern hohe Investitionen und würden somit die Profite der Konzerne schmälern. Aus diesem Grund sind die staatlichen Institutionen bemüht, Vorgaben wie Grenzwerte, Prüfverfahren und Standards für Entsorgung relativ gering zu halten. Aber selbst eine Regierung, die mehr staatliche Kontrolle schafft, gerät mit dem weiter bestehenden Markt alsbald in Konflikt, wenn er Wachstum und Profiten im verstärkten Maße im Weg steht (die LINKE blendet diese Tatsache aus). Die Grundlagen der Marktmechanismen sind somit eine klare Absage an einen ökologischen Kapitalismus. Der Kapitalismus mündet in eine ungeheure Verschwendung nicht aus privater Verschwendungssucht, sondern als Konsequenz des permanenten Zwangs der Kapitalverwertung.

Nachhaltige Entwicklung durch demokratische Planung

Medien und Politiker betonen unermüdlich, dass etwas anderes als die Marktwirtschaft nicht funktionieren kann. Sie argumentieren mit dem Beispiel der DDR, bzw. der Sowjetunion, dass eine geplante Wirtschaft unvermeidlich zu Bürokratie und Mangelwirtschaft führe. Aber ein „ökologisches Gleichgewicht“ bedingt wissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Planung. Die Wissenschaft unter dem kapitalistischen System bringt für die Masse der Bevölkerung nicht wirklich Fortschritt, da hauptsächlich nur erforscht und angewandt wird, was Profit bringt. Der planvolle Einsatz von Rohstoffen, menschlicher Arbeit, organisiert von den arbeitenden Menschen selbst und befreit von den Zwängen des Profits und der Konkurrenz ist der einzige Weg, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aufzuhalten. Hier kann es aber in der
Planung nicht bedeuten, dass Bedürfnisse sich weiter unbegrenzt ausdehnen werden. In erster Linie muss es um die Erfüllung der konstanten Grundbedürfnisse der Weltbevölkerung gehen, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheitsversorgung etc., die die Mehrheit der

Konsumausgaben ausmachen und ausmachen werden. Dies ist angesichts des Klimawandels und der allgemeinen ökologischen Krise eine objektive Notwendigkeit. Die egozentrischen Gewohnheiten der Einzelnen, die unablässig von der Marktwirtschaft und ihrer Werbung genährt oder erst hervorgerufen werden, werden in einer sozialistischen Gesellschaft mit einem wachsenden Sicherheits- und Solidaritätsgefühl schrittweise verschwinden. Damit aber eine sozialistische Gesellschaft bestehen kann, muss die gesamte Weltbevölkerung einen vergleichbaren Lebensstandard haben, das heißt, dass der Standard der industrialisierten Welt für alle gelten muss (damit meine ich nicht die Überproduktion, den Überkonsum und die gnadenlose Verschwendung natürlicher Ressourcen, sondern die Erfüllung der Grundbedürfnisse). Dies erfordert eine gewaltige Umgestaltung der gegenwärtigen Methoden der Energie- und Ressourcennutzung. Die Ressourcen müssen nach dringendem Bedarf genutzt werden, anstatt nach größtmöglichem Verbrauch. Regenerative Energien müssen massiv gefördert und ausgebaut, die Anstrengungen der Forschung gebündelt und auf dieses Gebiet konzentriert werden. Die Technik würde der Erhaltung von Gebrauchswerten statt der Steigerung des Umsatzes dienen. Die Voraussetzung hierfür ist die demokratische Kontrolle von Wissenschaft und wissenschaftlicher Einrichtungen von Arbeiter/innen und Verbraucher/innen. Lässt sich der heutige Kapitalismus als „Wegwerfgesellschaft“ charakterisieren, so wird der Sozialismus die Energien, die heute in die dauernde Erneuerung schnell vernutzter oder veralteter Gebrauchsgüter gesteckt werden, für andere Zwecke einsetzen, wenn die Produktion auf Haltbarkeit umgestellt wird. Des Weiteren muss es einen radikalen Umbau von Verkehr und Transport in vergesellschafteter Form geben mit der kostenlosen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Eine sozialistische Gesellschaft, deren Grundlage Bedürfnisse und nicht Profite sind, bietet ungeheure Vorteile in Bezug auf Ressourcen- und Energieeinsparung. Das heißt keineswegs, dass, wenn morgen die sozialistische Revolution stattfindet, übermorgen alle Umweltprobleme gelöst sein werden! Auch eine sozialistische Gesellschaft wird darauf angewiesen sein, Ressourcen zu nutzen und Energie zu erzeugen und zu verbrauchen. Die Abschaffung des Kapitalismus schafft die Möglichkeit, die Klima- und

Umweltprobleme nachhaltig zu lösen, und beinhaltet nicht bereits deren Lösung selbst. Dieser Rahmen der Beständigkeit wirkt natürlich auch auf die Verhaltensweisen der Menschen. Somit wird sich auch ein anderer Lebensstil herausbilden, der nicht auf dem sinnlosen Massenkonsum abgehoben von den reellen Bedürfnissen basiert.

Hierbei kommt aber noch ein entscheidender Fakt hinzu: die Befreiung der Kreativität der Arbeiterklasse. In der bestehenden Marktwirtschaft gibt es kaum Anreize für Arbeiter/innen, Produktionsprozesse in nachhaltiger Weise zu verbessern (es gibt zwar das Prinzip von Prämien für Verbesserungen, diese sind aber auf Steigerung des Profits ausgelegt, und nicht auf Nachhaltigkeit!). Jedoch in der Situation vergesellschafteter Betriebe und fehlender grundlegender Interessenkonflikten, werden die kreativen Instinkte der Arbeiter/innen befreit.

Die Aussicht steigender Freizeit, die nicht mehr im Gegensatz zur Arbeit steht, und damit die eigene freie Entwicklung, die Förderung innovativer Weiterbildung bestärken diesen Faktor.

Fazit

Die kapitalistische Gesellschaftsform verhindert die Anwendung der technischen Möglichkeiten zum Wohle der Menschheit! Die aktuelle Debatte zum Klimawandel offenbart, dass der Kapitalismus durch seine Menschen verachtenden Gesetze der Konkurrenz und des Profits ökologische und wirtschaftliche Krisen mit Umweltzerstörung, Kriegen und Hungersnöten ständig neu produziert und verschlimmert. Bedürfnisse nach einer Menschen würdigen Sicherung des Lebensunterhalts und einer ebensolchen Umwelt in Einklang zu bringen kann nur durch eine demokratisch geplante Gesellschaft gelöst werden, die das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem stürzt.

Es genügt aber nicht, sich eine schöne ferne Zukunft auszumalen, sondern bereits jetzt muss der Kampf für die Verwirklichung dieser Ziele aufgenommen werden. Die folgenden Forderungen verstehen sich als Teil eines revolutionären Aktionsprogramms für den Sturz des Kapitalismus und

die Errichtung einer menschenwürdigen Gesellschaft.

– Entschädigungslose Enteignung aller privaten Versorgungskonzerne für Energie, Abfallwirtschaft, Gesundheitswesen und Verkehr unter Arbeiterkontrolle!

– Baustopp bzw. Schließung für die Lebensbedingungen der Menschen schädigenden Kraftwerke wie Moorburg oder Krümmel!

– Offener Zugang zu allen Geschäfts- und Planungsvorgängen der Energiekonzerne für räteähnliche demokratisch transparente Ausschüsse, gebildet aus Beschäftigten, Gewerkschaften und AnwohnerInnen!

– Beschäftigungsprogramm öffentlicher gesellschaftlich sinnvoller Arbeiten unter Kontrolle der Lohnabhängigen!

– Massive Forschung und Förderung nachhaltiger Eneriespar- und Nutzungsformen!

– Für eine umweltverträgliche Energieerzeugung!

– Bezahlung aller Kosten für diese Maßnahmen duch Besteuerung der KapitalistInnen und Reichen!

– Internationale Organisierung des Widerstands gegen die Energie- und Umweltpolitik der kapitalistischen Regierungen!

Kleinbürgerlicher Rassismus

Juni 2008

Seit dem ausgerufenen „Krieg gegen den Terrorismus“ betreiben die westlichen Staaten nicht nur direkten Krieg gegen islamische Völker, wie im

Irak oder in Afghanistan – nein auch in den westlichen Gesellschaften findet eine rassistische Kampagne, gegen die Kultur und die Religion von Millionen MuslimInnen statt. Den aktuellen Beitrag lieferte der niederländische Rechtspopulist und Rassist Ruud Wilders. In einem Film, welcher über Internet zu bekommen war, werden die Bilder der verschiedenen Anschläge der letzten Jahre mit Suren (Versen) des Koran unterlegt, damit soll ein direkter Zusammenhang zwischen der Religion und den Selbstmordattentaten hergestellt werden.
Als „Lösung" dieses Konfliktes empfiehlt Wilders den Koran zu verbieten, von dieser Schrift ginge genau soviel Gefahr aus wie von Hitler´s „Mein Kampf".
Nur wenige Tage zuvor hatten dänische Zeitungen wieder Mohammed Karikaturen veröffentlicht, um ihrer Meinung nach die Pressefreiheit vor Zensur zu schützen. Während die islamischen Völker durch Besatzung, Krieg und soziale Not viel Leid erfahren müssen, werden die hier lebenden MuslimInnen mit rassistischer Hetze konfrontiert. Seit den Anschlägen von New York, Bali, London und Madrid gelten gläubige Muslime als verdächtig, besonders wenn sie auch noch eine politische Meinung zum Irak oder zu Palästina haben. Ihre Kulturvereine und ihre sozialen Einrichtungen stehen unter verschärfter Beobachtung der Dienste, islamische StudentInnen mussten 2001 eine Rasterfahndung über sich ergehen lassen.
In dieser politischen Stimmung haben es Rechtspopulisten und Faschisten leicht gegen die Muslime zu hetzen, so unterscheiden sich die Forderungen zu Aufentaltsrecht oder Bestrafung von MuslimInnen nur noch punktuell zwischen der NPD und dem hessischen Ministerpräsidenten Koch z.B.
So toleriert auch in Dänemark die rassistische Volkspartei die Regierung der Konservativen und setzte eines der schärfsten Ausländergesetze durch. In den Niederlanden war es der Populist Pit Fortuyn welcher mit antiislamischer Hetze mehr als 20% bei den Wahlen erreichen konnte und in die Regierung einzog, bevor er von einem Attentäter umgebracht wurde. In allen europäischen Staaten profitieren die Rassisten und Faschisten von der antiislamischen Politik ihrer Regierungen, erlangen Wahlerfolge und regieren oftmals direkt mit den bürgerlichen Parteien, wie jetzt auch wieder in Italien.
In Deutschland finden wir in den Medien und der sog. Öffentlichkeit immer wieder „Intellektuelle" die sich als rassistische Lautsprecher hervor tun. Da

ist zum einen Henryk M Broder ein Schriftsteller, zu nennen oder auch Alice Schwarzer, die Vorzeigefeministin oder auch Ralph Giordano der in Köln zusammen mit Faschisten in einer Bürgerinitiative gegen einen Moscheebau aktiv ist.
Broder warnt in seinen Büchern vor dem Untergang der westlichen Kultur, das der Westen zu schwach sei die Herausforderung des Islam anzunehmen und wir immer noch in einer viel zu liberalen Multi-kulti Gesellschaft leben würden. Für ihn ist der niederländische Rassist Wilders ein „radikaler Liberaler“, der den Westen verteidigen will und den Broder im Spiegel Leitartikel politisch verteidigt. Ebenso wie viele antideutschen Literaten und Journalisten machen hier Intellektuelle rassistische Stimmung für den imperialistischen Staat, unterfüttern den gewollten Krieg nach außen, mit Propaganda nach innen.
Auch Intellektuelle wie Schwarzer oder Giordano sprechen vom „Islamo-Faschismus“ und fordern eine „wehrhafte“ Demokratie im Kampf gegen die religiösen Extremisten.
Während der bürgerliche Staat immer mehr „Bürgerrechte“ abbaut und besonders für Muslime den Repressionsapparat ausbaut, betreiben manch ehemals „linke“ Intellektuelle ideologische Arbeit für diesen rassistischen Staat.
Als kommunistische Jugendorganisation wollen wir von REVOLUTION diese Hetze bekämpfen und die Rechte unserer muslimischen Schwestern und Brüder verteidigen. Als konsequente Antifaschisten bekämpfen wir nicht nur den Neonazi der NPD, sondern auch den Rassisten der als Intellektueller tarnt. Wir treten für Recht auf Widerstand ein, hier gegen die rassistischen Gesetze und in den besetzten islamischen Staaten gegen die imperialistischen Besatzer. Es ist ein allgemein gültiges Recht, das jedes angegriffene Volk sich gegen einen Angriff wehren darf, die USA nehmen dieses Recht seit 2001 wahr, womöglich auch noch gegen den Iran vor dem Ende von Bush Amtszeit. Doch dieses Recht steht jedem Volk zu, auch dem afghanischen, dem irakischen, dem palästinensischen und dem libanesischen Volk im Kampf gegen den Imperialismus.
Wenn wir diesen Widerstand unterstützen, bekämpfen wir gleichzeitig die reaktionäre Ideologie von Teilen des Widerstands. Als MarxistInnen bekämpfen wir die Religion und die davon ausgehenden Illusionen auf das

schärfste, jede Form von religiöser Verklärung ist ein Hindernis auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft. Wenn wir die Rechte von islamistischen Organisationen verteidigen, dann verteidigen wir nicht ihre Ideologie – wir verteidigen sie gegen den repressiven imperialistischen Staat und seine Ideologen!

Schülerstreik am 12.06.

Schülerstreik am 12.06.08

Bericht

Am 12. Juni streikten in Kassel 4000 SchülerInnen gegen Sozialabbau, Abiturzeitverkürzung auf 12 Jahre, Studiengebühren, den Mangel an Lehrkräften und Räumlichkeiten an Schulen und das dreigliedrige Schulsystem. Auch Studierende beteiligten sich an der Demonstration.
Angesichts der kurzen Mobilisierungszeit von nur drei Wochen und der heftigen Repressionen vonseiten der Schulleiter stellte der Streik einen großen Erfolg dar – erwartet wurden 2000-3000 Demonstranten.

Organisiert wurde der Protest, wie auch in anderen Städten, vom „Bündnis Bildungsblockaden einreißen“, das sich aus verschiedenen Organisationen zusammensetzt, darunter auch die sozialistische Jugendorganisation REVOLUTION. Politisch dominiert wird das Bündnis vom kasseler Stadtschülerrat und der jungen GEW.

Von verschiedenen Schulen aus holten sich die SchülerInnen gegenseitig ab, um rechtzeitig gemeinsam am kasseler Rathaus einzutreffen, wo um 10 Uhr die erste Kundgebung stattfand.

Auf dem Weg zur ebenfalls am Rathaus stattfindenden Abschlusskundgebung blockierte der Demonstrationszug den Verkehr in der Innenstadt und erreichte so eine enorme Massenwirksamkeit.

Die Kundgebungen waren eher mäßig. Die Redebeiträge vom Stadtschülerrat und der GEW zeigten die Position der vermeintlichen Streikleitung: personalisierte Kritik an Ministerpräsident Koch und Kultusminister Banzer. Die Ursache der Kürzungen im Bildungssystem – die beginnende Rezession – wurde nicht erwähnt, weitsichtigere und somit kritische Redebeiträge nicht zugelassen.

Allgemein stellte die Dominanz des karrieristischen Stadtschülerrats und der Gewerkschaften ein Hindernis für die Mobilisierung des Streiks dar. Der Versuch der aktiven SchülerInnen, basisdemokratische Strukturen aufzubauen, wurde ignoriert und auf diese Weise Potential verschenkt.

Doch angesichts seiner trotz allem beeindruckenden Größe stellt der Streik einen wichtigen Ansatzpunkt für den Aufbau einer starken Jugendbewegung dar.
Nun gilt es, die vorhandenen Strukturen zu demokratisieren und für den großen bundesweiten Bildungsstreik im Herbst zu nutzen – für eine revolutionäre Jugendbewegung.

Was ist die Frauenbewegung?

?Müller, Müller, Mahl er!
Die Jungen kosten`nen Taler,
Die Mädchen kosten`nen Taubendreck,
Die schubst man mit den Beinen weg.
Müller, Müller, mahl er!
Die Mädchen kriegen`nen Taler,
Die Jungen kriegen`nen Reiterpferd,

Das ist wohl tausend Taler wert.?
(Deutsches Kinderlied aus dem 19.Jhd.)

Gleichberechtigung und Arbeiterbewegung

Um 1865 entstand einer der größten bürgerlichen Frauenvereine, der ADF (Allgemeiner deutscher Frauenverein). Später kam der Bund deutscher Frauenvereine (BDF) hinzu, unter dem sich 2 Strömungen trafen; „Mütterlichkeit“ und „alle Rechte für Frauen“.
Dagegen trat die proletarische Bewegung mit August Bebel, dessen Werk „Die Frau und der Sozialismus“ fest stellt, dass die proletarische Frau in einer zweifachen Abhängigkeit lebt. In der von der Gesellschaft geschaffenen (Ehe, §218) und des Kapitalismus. Von diesem Standpunkt aus setzte sich die proletarische Frauenbewegung gegen den Kapitalismus ein. Die Forderungen waren ganz klar das Wahlrecht und das Recht auf Arbeit für Frauen, verankert in der Verfassung.

1905 erscheint das Programm des BDF mit dem Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ und der Erneuerung der Ehegesetze und des Sorgerechts.
Zugleich erscheint Gertrud Bäumers Buch „Im Licht der Erinnerung“, indem sie feststellt, dass die Frauenbewegung der jahrhundertenlangen männerdominierten Erziehung gegenübersteht, welchen den Jungen das Gefühl gab, mit Recht unterdrücken zu dürfen. Dies bestätigte Eduard Windhorsts Buch „Lebenserfahrungen eines Idealisten“, wo er klar selektierte, Frauen seien das emotionale, untere Wesen und Männer starke und wissbegierige Menschen. Diese Vorstellung ist bis heute prägend für die öffentliche Darstellung von Frau & Mann.

1881 verlangt die SPD als erste Partei das Frauenwahlrecht. Die bürgerliche Frauenbewegung jedoch wollte sich dessen „würdig“ erweisen durch ehrenamtliche Tätigkeiten. Mit der Revolution 1918 wurde die Monarchie beendet und das „Dreiklassenwahlrecht“ abgeschafft – jede Frau hat seitdem das Wahlrecht in Deutschland.
Art. 22 der Weimarer Verfassung:

Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. (…)
Zudem kommt, dass die Gleichheit auf dem Papier festgehalten wird.
Art. 109 der Weimarer Verfassung:
Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. (…)

Auch Russland hatte sich 1917 diese Ziele durch die Oktober Revolution erkämpft und führte das Frauenwahlrecht und die gesetzliche Gleichberechtigung, durch die 10 Dekrete ein. Unter anderem Legalisierung von Schwangerschaftsabbruch, Vereinfachung des Scheidungsrechtes, Einführung von staatlichen Kindertagesstätten und es war nicht mehr verboten, homosexuell zu sein.

„Frauenbewegung“ im Faschismus

1933 betritt ein neuer Feind der Frauen -und Arbeiterbewegung die politische Arena – die NSDAP unter Kanzler Hitler übernehmen die Regierung.
Schon 1921 verkündet Goebbels in seiner Rede auf der Generalmitgliederversammlung der NSDAP, wie die Zukunft der Frauen in einem NS- Staat auszusehen hat. Dies bestätigte Alfred Rosenberg in „Mythos des 20. Jahrhunderts“, wo ganz klar hervorging welche Aufgaben die Frau von nun an hatte.

Sie sollte sich von der Politik fernhalten, denn sie zerstöre ihr „zartes Wesen“ und ihr Einfluss ins staatliche Leben wäre der Untergang. Hier sprangen einem die Verachtung und Entmündigung entgegen, jedoch war es immer unter dem Deckmantel der Fürsorge versteckt. Ganz klar hatte sie die Aufgabe, die Nation zu erhalten und vor allem rein zuhalten (also keine „Juden/Nichtarier“ heiraten), nach den „Rassegesetzen“ von 1935.
Das Versagen der politischen Führung der ArbeiterInnenbewegung bis 1933

die Faschisten zu bezwingen, führt zum Ende der organisierten ArbeiterInnenbewegung und damit auch zur Niederlage der proletarischen Frauenbewegung. Manche bürgerliche Bewegungen suchten nun ihr „Heil“ in der faschistischen „Frauenschaft“ mit dem Motto „Emanzipation von der Emanzipation“.

Vereinigungen wie die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ kämpften dagegen an.
Mittlerweile gab es bei Verstoß gegen § 218 (Abtreibungsgesetz) die Todesstrafe!
Ein großer Teil der Kindererziehung lag in der Hand des Staates, der klar die Rollen verteilte. Mädchen halfen in Haushalten mit, Kinder zu erziehen und übernahmen Teile der Pflichten der Mütter. Beim „Bund deutscher Mädel“ trieb man Sport und lernte kochen, stricken usw.
Die höchste Auszeichnung war für eine Frau im Hitlerstaat das Mutterkreuz, sobald sie das 4 Kind geboren hatte.

Frauenbewegung und Abtreibung

Bis lange nach dem Krieg blieb das Frauenbild gleich in der BRD, erst mit der neuen Diskussion um den Art.218 und der aufkommenden StudentInnenbewegung wurde die rechtliche und politische Stellung der Frau wieder zum Thema.

Weimarer Verfassung und GG, Art. 218:
Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tötet, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft.

Die selben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zur Abtreibung oder Tötung bei ihr angewendet oder beigebracht hat.
Gerade für Proletarierinnen stellte diese Gesetz ein Problem dar, denn mit der Arbeitslosenrate stieg auch die Rate der verbotenen Abtreibungen durch die Engelmacherinnen. Immer mit der Angst vor der Strafe oder vor dem eigenen Tod im Nacken. 1931 z.B. starben ca. 44.000 an den Folgen einer

solchen Abtreibung.
Für die Frauen der bürgerlichen Klasse stellte die kein Problem dar, sie erkaufte sich einfach die medizinische Hilfe.

1908 kam die Diskussion schon einmal beim BDF auf. Denn der linke Flügel sah ganz klar, dass dieser Paragraph gegen das Selbstbestimmungsrecht verstoße, während der Rest den Paragraphen zustimmte, jedoch mit weniger Strafe.
Durch den Drang der `68er, die einen neuen Menschen und die Revolution wollten, kam ein neuer Kampfgeist. Da sich nur das Staatsbild nach außen geändert hatte, jedoch die Professoren und Richter usw. immer noch die waren, die dem Nazistaat angehört hatten, kämpften sie gegen alle Überbleibsel und Ungerechtigkeiten an. Die neue Frauenbewegung ging auf die Straße gegen §218 und für die sexuelle Selbstbestimmung und erreichte eine breite Politisierung unter den StudentInnen. Zwar konnte diese Bewegung das autoritäre noch faschistisch geprägte Frauenbild ändern, doch integrierten sich die bürgerlichen Feministinnen in das bürgerliche Regime.

Frauenbewegung und Kapitalismus

In den Urgesellschaften gab es nicht nur patriarchalische Entwicklungen, wie wir vielleicht beim Blick auf das Christentum und das Mittelalter schließen könnten. In ihrem Buch „Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung“ beschrieb die Bolschewistin Alexandra Kollontai sehr genau die verschiedenen Entwicklungsstufen menschlicher Urgesellschaften, mit Patriarchat und Matriarchat und teilweise auch sozial gleichberechtigten Gemeinschaftsformen. In der Entwicklung wurde stets eine Frage entscheidend: wer verfügt über das „Eigentum“, das Land, den Besitz der Gemeinschaft – danach entwickelte sich auch die soziale Stellung der Geschlechter.

Die Stellung der Frau im Kapitalismus ist bestimmt vom Verhältnis der Frau zu den Produktionsmitteln und den Produktionsverhältnissen. Die Frau nimmt hierbei die Stellung als unbezahlte Arbeitskraft der „Reproduktion“ ein. Reproduktion bedeutet im marxschen Sinne, die Reproduktion der Ware

Arbeitskraft, also die Erziehung und Versorgung neuer Arbeitskräfte für das Kapital.
In Deutschland wurde dies immer gerne mit „Küche & Kinder“ definiert, dies ist die Stellung der Frau in der bürgerlichen Familie. Sie ist verantwortlich für die Versorgung der Familie und die Aufzucht der Kinder, sie organisiert das „private“ Leben und wird daher nicht vom Kapital entlohnt und ist somit ökonomisch abhängig vom Mann und dessen Einkommen.

Innerhalb der imperialistischen Epoche ist das Kapital gezwungen immer mehr Frauen als normale „Lohnarbeiterinnen“ einzustellen. Während im Krieg die Männer an den Fronten für das Kapital starben, mussten die Frauen in der nationalen Rüstungsindustrie arbeiten – die Frauen wurden fester Bestandteil der Produktion.
Bis heute wird, z.B. in Deutschland für eine arbeitende Frau im Schnitt 20% weniger Lohn bei gleicher Arbeit bezahlt, ebenso sind mehr Frauen von Niedriglohn und befristeter Beschäftigung betroffen.
Bürgerliche Feministinnen wie Alice Schwarzer fordern daher mehr Frauen in den Vorständen und Aufsichtsräten des deutschen Großkapitals, als wenn Vorstandsposten die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeitskraft im Kapitalismus bekämpfen könnten.
Die Forderungen nach sozialer und ökonomischer Gleichberechtigung der Frauen sind daher auch immer Forderungen nach dem Ende des Kapitalismus. Nur eine revolutionäre ArbeiterInnenbewegung kann die Ausbeutung der Frau in Produktion und Reproduktion beenden.

Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus und kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung!

Frauenbewegung gegen Imperialismus und Religion

Für die Frauen in der sog. „3.Welt“ kommt eine weitere Belastung hinzu, die Nachwehen der Kolonialzeit und die Peitschenhiebe des Imperialismus`.
In der Kolonialzeit plünderte die westliche Welt den schwarzen Kontinent, Asien und weitere Länder. Die neuen Mächte förderten
die Unterdrückung der Frau, der Imperialismus bestimmte und bestimmt die

Rolle der Frau!

Das bedeutet Wanderarbeit, Kinderarbeit, Kinderhandel, Prostitution und Frauenhandel.
Viele Frauen gehen alleine in die Stadt, um die Familie auf dem Land zu ernähren und verkaufen ihre Körper. Andere kommen in den Westen, um andere Kinder zu erziehen, damit ihre in der Heimat die Schule besuchen können und einmal besser leben.
Ein großes Hindernis sind die alten reaktionären und religiösen Traditionen; Frauenbeschneidung, Brautpreis, gezwungene Polygamie und Zwangssterilisationen (Indien), welche nicht nur die Halbkolonien Afrikas, Asiens und Lateinamerika betrifft.
Alle Religionen sei es Christentum, Islam oder Hinduismus unterdrücken die Frauen und hindern sie, sich politisch zu organisieren und Widerstand zu leisten. Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg ist daher auch immer Kampf gegen die reaktionären religiösen Ideologien .

Heute führt der Imperialismus ca. 60 Kriege, die Frauenbewegung muss mehr gegen Kriege, aber vor allem für ihre GenossenInnen in der 3.Welt und gegen die Unterdrückung der Religion einsetzen!

„Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern, er will unter sich keinen Sklaven sehn und über sich keinen Herrn.“ (Bertolt Brecht)